

Diese Wochenschrift  
erscheint wöchentlich Mittwochs Vormittag  
in einem Bogen in der Buchdruckerei der  
Gebr. Scharf für den vierteljähr. Pränu-  
merationspreis von 8 Sgr. (incl. Stempel.)



Ämtliche und Privat-Anzeigen  
für den Boten werden gegen 1 Sgr. für  
die breitgedruckte Zeile in gewöhnl. Schrift  
(größere Schrift und Einfassungen verhältnis-  
mäßig mehr berechnet) bis spätestens Dienstag  
früh 9 Uhr erbeten.

# Der Saubaner Bote.

Eine unterhaltende und belehrende Wochenschrift  
für Stadt und Land.

N<sup>o</sup>. 10.

Mittwoch, den 12. März

1862.

## Telegraphische Depesche.

Berlin, 8. März. In Folge der Annahme  
des Hagenschen Antrages im Abgeordnetenhaus  
hat das Staats-Ministerium heute seine Ent-  
lassung eingereicht.

## Zeitereignisse.

Berlin, 9. März. Heute läßt sich diese Mittheilung  
nur dahin erweitern, daß der König sich die Entschei-  
dung über Annahme oder über Ablehnung der einge-  
gebenen Demission der Minister vorbehalten.

Vorläufig wird, wie es heißt, der Landtag auf vier  
Wochen vertagt werden.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. d. Mts.  
überreichte der Justizminister den Gesetzentwurf, den  
Ansatz der Gerichtskosten bei Nachlaß-Regulirungen  
betreffend, und wurde von dem Justiz- und Handels-  
Minister der Gesetzentwurf wegen der Rechtsverhältnisse  
der Schiffsmannschaft auf Seeschiffen eingebracht. Die  
Kammer eröffnete darauf die Generaldebatte über den  
Hoyerbeck'schen Gesetzentwurf, die Aufhebung der geseg-  
lichen Zinsbeschränkung betreffend, und nahm in der  
Sitzung am 4. d. Mts. bei der Specialberathung die  
einzelnen Paragraphen, und bei der Abstimmung über  
den Gesetzentwurf im Ganzen denselben in namentlicher  
Abstimmung mit 237 gegen 78 Stimmen an. Der  
Minister des Innern legte hierauf den Entwurf eines  
neuen Pafßgesetzes vor. Das Herrenhaus eröffnete in

seiner Sitzung vom 4. d. Mts. die Generaldiscussion  
über das Gesetz, die Ministerverantwortlichkeit betreffend.

Im Abgeordnetenhaus fanden am 6. d. in einer  
Plenar-Sitzung wichtige Diskussionen über die Anträge  
der Budget-Commission statt. Diese Anträge gingen  
darauf, das Finanz-Ministerium zur Vermehrung der  
Titel des Staatshaushaltes, d. h. zu genauerer Speci-  
alisierung der Posten und dadurch zum strengeren Inne-  
halten der von dem Hause genehmigten Verwendung  
der Gelder im Einzelnen zu veranlassen. Das Mini-  
sterium erklärte sich bereit, den Etat des nächsten Jahres  
möglichst in dieser Weise vorzulegen, wies aber beharr-  
lich die Forderung des Hagenschen Gegen-Antrages ab,  
daß diese Specialisierung schon bei dem Etat des gegen-  
wärtigen Jahres zu bewirken sei. Die Debatte darüber  
wurde sehr ernst und gewichtig; die Redner der Linken  
schritten lebhaft und scharf in der Sache vor und be-  
tonten mit Entschiedenheit das ausschließliche Recht der  
Kontrolle in finanzieller Beziehung, welches dem Abge-  
ordnetenhaus zustünde und dessen Ausübung es die  
Pflicht habe, zu wahren und nicht auf's Unbestimmte  
hinauszuschieben; auch scheute man sich nicht, die Mög-  
lichkeit eines Ministerwechsels oder der Kammer-Auf-  
lösung zu berühren. Ein vermittelndes Amendement  
von Kühne hatte diesmal weniger Glück, als in der  
vorigen Session; der Hagen'sche Antrag wurde vielmehr,  
bei Namensaufruf, mit einer Majorität von 28 Stim-  
men zum Beschluß erhoben. Die drei Görlitz-Saubaner